

P. B. Nr. 1 -SR/he

Warschau, 17. Januar 1990

V e r t r a u l i c h

### Polen an der Schwelle zum neuen Jahrzehnt - Innenpolitik

Von der Eröffnung der Gespräche am "Runden Tisch" anfangs Februar bis zur Amtsübernahme der heutigen Regierung Mazowiecki - der ersten nichtkommunistisch geführten in Osteuropa - stand Polen im Vordergrund der westlichen Berichterstattung. Die Etappen des in diesem denkwürdigen Zeitraum vollzogenen innenpolitischen Umbruchs sind deshalb wohlbekannt: Wiederezulassung der Solidarität, Wahlen im Juni, Schaffung eines Zweikammersystems und eines Präsidialamtes, schliesslich das fast zweimonatige Ringen um eine neue Regierung.

Im nachhinein und vor allem nach den revolutionären Umbrüchen in Polens unmittelbarer Nachbarschaft erscheint eine Solidarnosc-Regierung schon fast als eine historische Selbstverständlichkeit. Anfang August aber war sich die Solidarnosc-Führung darüber einig, dass eine Uebernahme der Regierungsverantwortung in dieser wirtschaftlich hoffnungslosen Situation und mit einer intakten Nomenklatura in Verwaltung und - was etwa dasselbe ist - allen Chefetagen der Wirtschaft einem politischen Selbstmord gleichkäme. Heute, im Januar 1990, steht Polen nach einem faszinierenden, erfolgreichen und friedlich verlaufenen politischen Systemwechsel am äusserst schwierigen Anfang eines wirtschaftlichen. In einem Kraftakt sondergleichen haben die beiden Kammern des erst ein knappes halbes Jahr alten Parlaments ein riesiges wirtschaftspolitisches Gesetzespaket noch rechtzeitig auf das Jahresende verabschiedet und gleichzeitig auch noch eine erhebliche Teil-Verfassungsänderung durchgepeitscht.

Die neue "Rzeczpospolita Polska", die Republik Polen, so der neue offizielle Name, und die Krönung des Adlers in ihrem Staatswappen mögen als etwas unzeitgemässe Aeusserlichkeiten erscheinen, sind aber für viele von barocker Kulturtradition geprägte Polen echte Symbole eines hart erkämpften und erdauerten Sieges. Wenn sie moralisch mithelfen, die wirtschaftliche Durststrecke dieses ersten halben Jahres durchzustehen, dann waren sie keineswegs überflüssig. Dies war aber nicht der Grund zu diesen eher überraschenden, zeitlich vorgezogenen Verfassungsänderungen. Es ging dem Gesetzgeber vielmehr darum, das neue Wirtschaftssystem nicht durch eine in wesentlichen Punkten widersprüchliche Verfassung zu gefährden (Beispiele: Recht auf Arbeit, Primat des Staatseigentums, führende Rolle der "Partei" u. a.).

Angesichts der Bedeutung dieser Umwälzungen in Polen im denkwürdigen Jahre 1989 mag ein kurzes Rückblenden in die jüngste Geschichte angemessen sein. Ohne die Bedeutung Gorbatschows für die Ereignisse in Osteuropa zu schmälern, kann Polen eine entscheidende Sonderrolle für sich in Anspruch nehmen, auch wenn diese in der DDR ignoriert und im Westen zugunsten Ungarns unterschätzt zu werden pfligt:

Schon im "Polnischen Herbst" vom Oktober 1956, der neben dem Ungarnaufstand im westlichen Gedächtnis keinen Platz fand, hatte in Polen unter dem "patriotischen" Gomułka eine Zeit relativer "Liberalität" begonnen, die das Land wohltuend von den übrigen "Satelliten" unterschied.

Als 1967/68 die eigenen "eisernen Fäuste" nach Israels Sechstagekrieg eine antisemitistische Säuberungsaktion durchführten und damit einen intellektuellen Aderlass verursachten, Gomułka als strammer und gefährdeter Kommunist die Unterdrückung des Prager Frühlings mitinspirierte, zwei Jahre später aber doch von den blutigen Arbeitsunruhen mit Zentrum Danzig gestürzt wurde, waren Walesa, Kuron, Michnik als junge Arbeiter oder Studenten bereits aktiv im Widerstand dabei. Giereks technokratische Utopie der 70er Jahre, mit massiven Krediten aus dem Westen das System zu modernisieren, scheiterte schon nach sieben Jahren, gebar den heutigen Schuldenberg und die in allen Köpfen und Herzen hier noch lebendige Hohe Zeit der "Solidarität", die von der Wahl eines Polen zum Papst stark beeinflusst, am 13. Dezember 1981 ein brüskes, bitteres, wenn auch glücklicherweise unblutiges und nicht sowjetisch überpanzertes Ende nahm.

Die folgenden sieben - mageren - Jahre waren eine Mischung von wirtschaftlichen systemimmanenten Reformversuchen, an deren Konzept schon 1978 ein Balcerowicz (damals noch ein Partei-Hoffnungsträger) und ein Baka (der ideologisch geschmeidige Karriere-Fachkollege) mitgearbeitet hatten, und milder Militärdiktatur, die den langsamen aber sicheren Zerfallsprozess der "Partei" überdeckte. In der von tiefer Resignation geprägten Pattsituation überlebte aber eine virulente Erinnerung an eine grosse, enthusiastisch erlebte Hoffnung. Darauf konnte natürlich das erstmalige Referendum, das im Herbst 1987 über die wiederbelebte sog. "zweite Etappe der (Wirtschafts-)Reform" vom Regime abgehalten wurde, keine adäquate Antwort sein. Das damals sensationelle Zugeständnis der Abstimmungsniederlage durch das Regime war aber doch schon der erste ernsthafte Riss im totalitären System und ein schmaler neuer Silberstreifen einer sich ankündigenden Chance zur Demokratie. Die Antwort auf die natürlich trotzdem anfangs 1988 eingeleitete Reform mit ihrer wohlbekannten Preis- Lohn-spirale ohne grundsätzliche Veränderungen waren zwei gefährliche Streikwellen im Mai und im August, die nur ein Walesa beenden konnte mit dem von Kiszczak erhaltenen Versprechen echter politischer Verhandlungen "am Runden Tisch". Zwischen August 1988 und dem fünf spannungsgeladene Monate hindurch verzögerten Beginn der "Rundtisch-Gespräche" im Februar 1989 liegen Rakowskis Regierungsübernahme mit seinem thatcherisierenden Team parteieigener Wirtschaft-Yuppies - das Volk wolle einen gedeckten und nicht einen leeren runden Tisch - die provokante Schliessung der Danziger Lenin-Werft, der Geburtsstätte der Solidarnosc (die heute wieder rückgängig gemacht wird), und ein denkwürdiges Fernsehduell zwischen Walesa, dem Führer der "verbotenen Gewerkschaft Solidarität", und Miodowicz, dem blassen Führer der parteitreuen "wiedergeborenen Vereinigten Gewerkschaften" OPZZ. Rakowski, der intellektuelle Alleskönner und Erbfeind Walesas, wollte den Elektriker aus der Provinz mit diesem Fernsehauftritt anstelle echter politischer Verhandlungen abspeisen und hatte sich darin gründlich getäuscht. Mit einem fulminanten

Auftritt, den die ganze Nation mit grösser Spannung am Bildschirm verfolgte, hat das politische Naturtalent die Atmosphäre gründlich gewendet - und flugs setzte sich der kluge Rakowski auf die unerwartete Erneuerungswelle und vermochte am Jahreswechsel 89/90 das uneingelöste Versprechen Kiszczaks in einen "grossherzigen und mutigen" Parteibeschluss des dramatischen 10. Parteitages seiner Partei zu verwandeln.

Die Vereinbarungen vom Runden Tisch: Relegalisierung der Solidarität, kurzfristig angesetzt und äusserst kompliziert angelegte Wahlen zu einem neuen Zweikammerparlament und schliesslich die darauf folgende Wahl eines Präsidenten für ein neues Amt sowie eines neuen Regierungschefs, waren nur als erste Schritte einer bloss 35%-igen Demokratie angelegt, für die eine vierjährige Uebergangsphase mit einem sechsjährigen Präsidential-Garantie-Mandat vorgesehen waren. Der überwältigende Wahlsieg von Solidarnosc, die peinlich knappe Wahl von Jaruzelski zum Präsidenten und die von Walesa im Alleingang und gegen den Widerstand im eigenen Lager durchgeführte Regierungsübernahme durch die ehemalige Solidarnosc-Opposition waren alles andere als selbstverständlich, wie aus eingehenden Analysen und Kommentaren bekannt ist.

Das Resultat der dichten Folge politischer Glanzleistungen - verbunden mit dem notwendigen Quentchen Glück - ist eine völlig neue innenpolitische Machtstruktur. Sie beruht auf drei neuen Machtzentren, zu denen weder die Vereinigte Arbeiterpartei, noch der Sicherheitsapparat oder die Armee zu rechnen sind. Auch die Solidarität, als Gewerkschaft wie als politische Bewegung, und allfällig neu sich bildende Parteien, stehen heute eher im Hintergrund.

Das neue Parlament, das neue Präsidentialamt und die neue Regierung bilden ein neues, möglicherweise recht stabiles und bis heute gut eingespieltes und effizientes innenpolitisches Koordinationssystem. - Das Parlament hat sich neben verständlichen Anfangsschwierigkeiten und im Gegensatz zu seiner nominellen parteimässigen Zusammensetzung sowohl in der Präsidentenwahl wie in der Wahl eines Regierungschefs und der Bestätigung seiner von ihm meisterhaft und sehr persönlich zusammengesetzten Regierungsmannschaft und schliesslich, zum Jahresende, mit einer beeindruckenden Gesetzesarbeit bewährt. Die wichtigen Beschlüsse im Sejm (Volkskammer mit 460 Abgeordneten) wurden meist mit überwältigenden Mehrheiten von über zwei Dritteln gefasst, mit seltenen (mutigen) Neinstimmen und einer eher bescheidenen "Opposition", die sich in diskreter Stimmenthaltung zu äussern beliebt. Einzige Ausnahme war die Wahl Jaruzelskis, die nur dank dem Trick sieben führender Solidarnosc-Mitglieder zustande kam, die in letzter Minute ungültige Stimmen einlegten und damit das Quorum so reduzierten, dass der neue Präsident mit gerade einer einzigen Stimme Mehrheit gewählt werden konnte...! Diese bis heute erstaunliche Geschlossenheit des Gesetzgebers ist aber nicht ein Mangel an Demokratieerfahrung sondern der Ausdruck eines echten politischen Konsenses. Er beruht auf der Tatsache, dass die am Runden Tisch ausgeklügelte Beschränkung der Solidarnosc-Fraktion von maximal 35 % im Sejm (= 161 Sitze von 460), im denkwürdigen 2. Wahlgang vom 18. Juni personell unterlaufen wurde: Von 299 für die "Partei" (Kommunisten) und ihre (ehem.) Satelliten reservierten Sitze wurden bis auf magerste 12 Mandate nur jene Kandidaten (der Partei etc.) gewählt, die Solidarnosc offiziell unterstützt hat.

- Das Präsidentialamt, das mit erheblichen Machtprärogativen ausgestattet ist (z. B. Auflösung des Parlaments, Oberbefehl der Armee,

Ratifizierung von Gesetzen und Verträgen), ist zwar auf den Kriegsrchrechtsgeneral Jaruzelski zugeschnitten. Es wurde auch befürchtet, dass dieser in seinem Amt eine Art potentieller Gegenregierung aufbauen würde, die jederzeit wieder das Heft in die Hand nehmen könnte. Mit der Berufung des Pressesprechers von Solidarnosc und Walesa-Intimus Nowina-Konopka ins Präsidentialamt als einer von drei Staatssekretären hat aber Jaruzelski ein deutliches Zeichen der loyalen Zusammenarbeit im gegenwärtigen Konsens-System gesetzt. Da er um jeden Preis als Vater der Nation in die Geschichte eingehen möchte und an seinem echten Patriotismus auch 1981 schliesslich nicht gezweifelt werden kann, darf - von einem unwahrscheinlichen, katastrophalen Einsturz alles Erreichten abgesehen - von einer wohlwollenden Haltung des Präsidenten ausgegangen werden. Wie in seinem Patriotismus wird und wurde Jaruzelski auch gerne in seinem politischen Gespür für Machtverhältnisse und langfristige Prozesse unterschätzt. Ein Beweis des Gegenteils scheint mir seine gegenwärtige Haltung gegenüber seinem Nachfolger Rakowski im obersten Parteiamt zu sein: er rührt keinen Finger, um dessen voraussichtliches Ausscheiden im Strudel des kommenden Parteikongresses Ende Januar zu verhindern.

Die Regierung wird von einem Mann geführt, der in kürzester Zeit grösste Eigenständigkeit - auch gegenüber Walesa - und politische Fähigkeiten ersten Ranges bewiesen hat. Sein Schwächeanfall während der Regierungserklärung im Sejm und sein denkbar untelegenes, von Sorgen und Ueberarbeitung gezeichnetes Gesicht verbinden ihn mit der Bevölkerung, die von präventiver Machtarroganz die Nase voll hat. Er genießt nach wie vor ein enormes Vertrauen. Seine äusserst kompetente Wirtschaftsequipe hat in den nur etwas mehr als 100 Tagen Amtszeit den wirtschaftspolitischen Systemwechsel mit einem Tempo durchgezogen, das den meisten Kritikern vorerst mal den Atem nimmt. Neben der technischen, vom Westen anerkannten Leistung des Programms ist der Mut zu betonen und die Konsequenz um des Systemwechsels und der langfristigen Gesundungschancen willen der Bevölkerung ein Maximum an Härten zuzumuten.

In der Bevölkerung wird die Lage verstanden. Das Fernsehen strahlt eine Sendung "Künstler für die Regierung Mazowicki" aus. Der Sozialminister Kuron "predigt" regelmässig über das Fernsehen, an unzähligen Veranstaltungen aller Art wird für den "Fond der Republik" Geld gesammelt.

Neben dem Wirtschaftsprogramm hat die neue Regierung in entschlossenen Schritten die Medien demokratisiert d. h. praktisch "übernommen". Dass sie mit der Neubesetzung der obersten und mittleren Verwaltungsstufe mehr Mühe bekundet, war vorauszusehen. In ihr näherliegenden Bereichen wie Erziehung und Kultur geht dieser Prozess wesentlich schneller voran.

Als wichtigster weiterer Schritt auf dem Weg zur Demokratie stehen die Lokal- und Regionalwahlen bevor. Das grösste Problem dürften dabei weniger eine noch kaum existierende aufgesplitterte Parteilandschaft sein, sondern die Bauern. Die Inflation trifft die Bauern besonders hart. Die Preisfreigabe für Nahrungsmittel hat vor allem dem noch monopolistischen Zwischenhandel mehr Geld gebracht. Die neue Regierung hat (noch) kein eigenes Programm für ihre Landwirtschaftspolitik. Die Nomenklatura im Landwirtschaftsministerium ist ein besonders hartnäckiges Problem, die Bauernpolitiker sind auf drei politische Gruppen aufgespalten und die "Land-Solidarität" hat obendrein noch interne Zwistigkeiten. Ein kohärentes Programm kann aber keine der verfeindeten Gruppen vorlegen. So baut sich ein gefährliches Potential in diesem noch immer stark agrarisch geprägten Land auf.

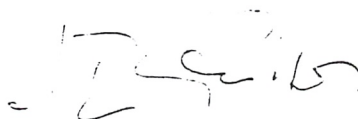
- 5 -

Sowohl die Solidarnosc wie auch die "Partei" (FVAP) müssen sich im Hinblick auf die Lokalwahlen und überhaupt für die politische Zukunft reorganisieren. Die "Solidarität" hat die Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaft und politischer Partei noch nicht gelöst und die Kommunisten möchten sich in eine Art sozialdemokratische Partei verwandeln. Diese Prozesse werden länger brauchen als die Regierung bis zu ersten Erfolgen im wirtschaftlichen Bereich und mit Lokalwahlen Zeit hat.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass in den Lokalwahlen die alten Fronten zur Wahl stehen und der gleiche massive Machtwechsel geschehen wird d. h. die Ablösung der Partei-Lokal-Matadoren durch Solidarnosc-Kandidaten.

Auf nationaler Ebene dürfte vorläufig niemand ein Interesse daran haben, beispielsweise durch Neuwahlen das neue Machtgefüge in Frage zu stellen. Im Vordergrund steht im laufenden Jahr ohnehin die Wirtschaftspolitik. Neben den Lokalwahlen steht als nächste grosse innenpolitische Aufgabe eine vollständige Verfassungsänderung bevor. Die geschichtsbewussten Polen möchten sie bis zum 3. Mai 1991 bereit haben: dann werden es genau 200 Jahre seit der ersten Verfassungsverkündung Polens sein, der dritten weltweit, fast zeitgleich damals mit der amerikanischen und der französischen. Wie jüngst im Parlament schon nach der erwähnten Teilrevision dürfte auch dann wieder spontan die Nationalhymne angestimmt werden: "Noch ist Polen nicht verloren" - es steht zu hoffen.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



J. R. Gaechter

Kopie an:

- EDA, Politische Abteilung I
- EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst
- EVD, Herr Botschafter Silvio Arioli
- EVD, BAWI Dienst Osteuropa